

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(53. - öffentliche - Sitzung am 2. Dezember 2019)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zur Machbarkeitsstudie der Sanierung des Dethlinger Teiches im Landkreis Heidekreis**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Minister Lies und weitere Mitarbeiter des MU entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. a) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1994](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung über den Gesetzentwurf ab. Nachdem er den Änderungsvorschlag in Vorlage 7 neu der Fraktion der Grünen gegen die Stimme der Grünen mit den Stimmen der vier anderen Fraktionen abgelehnt hatte, empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 6) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD)

b) **Den Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor wirtschaftlichen Interessen durchsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5198](#)

Nachdem die Grundzüge des Antrags vorgestellt worden waren, beriet der Ausschuss über den Antrag. Sodann empfahl er dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

c) **Unser Trinkwasser schützen - Förderung von Erdöl und Erdgas in Wasserschutzgebieten sofort stoppen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/329](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und kam überein, diese erst dann fortzusetzen, wenn ein Bericht über die Arbeit des Stakeholder-Dialogs zum Thema „Vorrang des Trinkwasserschutzes vor Interessen der Erdöl- und Erdgasförderung“ vorliegt und ausgewertet ist.

3. a) **Mehr Sachlichkeit beim Umgang mit dem Wolf - Weidetierhaltung wirksam fördern und unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2691](#)

b) **Zukunft der Weidetierhaltung sichern - Umgang mit dem Wolf umgehend ändern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/69](#)

Der Ausschuss schloss die Behandlung der in die Antragsberatung einbezogenen zwölf Eingaben ab und empfahl dem Landtag, diese der Landesregierung als Material zu überweisen und die Einsenderinnen und Einsender der Eingaben über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

4. **Baukindergeld auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen öffnen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5072](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen zu dem Thema zu unterrichten.

5. **Rettungsplan für die Windenergie - Blockade aufheben, Arbeitsplätze erhalten - Windbranche muss eine Zukunft in Niedersachsen haben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5071](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen zu dem Thema zu unterrichten.

6. **Land muss mehr Verantwortung auf dem Wohnungsmarkt übernehmen - Landeswohnungsbaugesellschaft jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5069](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen zu dem Thema zu unterrichten.

Außerhalb der Tagesordnung:

1. **Jetzt auf alternative Kraftstoffe statt nur auf alternative Antriebe setzen - die klimaneutrale Mobilitätswende kann sofort beginnen statt in 10, 20 oder 30 Jahren!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4829](#)

Der Ausschuss nahm die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 an den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu den Klima- und Umweltschutzaspekten auf und kam überein, die Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 18/4839 (Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels [Niedersächsisches Klimagesetz - NKlimaG]) um diesen Antrag auszuweiten. Nach der Auswertung der Anhörung soll über die Stellungnahme beraten werden.

2. Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand bezüglich der Emissionen des Zementwerks in Sehnde-Höver zu unterrichten.